Kultur in Balance?

Empfehlungen zur Kulturförderung in einer demokratischen Gesellschaft

von Jürgen Kirschner

"Wie genau Kultur als Kern von demokratischen Gesellschaften attackiert wird und wie sich Künstler:innen und Kollektive, aber auch politisch Verantwortliche und Wissenschaft da aufstellen können, das besprechen wir heute…" so leitet die Journalistin Vivian Perkovic am 30. August 2026 im Haus der Berliner Festspiele die Podiumsdiskussion zum Thema 'Kunst- und Meinungsfreiheit unter Druck' ein.

Die knapp anderthalbstündige Veranstaltung gehört zur Reihe Reflexe & Reflexionen der Berliner Festspiele, die von der Politologin Saba-Nur Cheema und dem Historiker Meron Mendel kuratiert wird. Auf dem Podium diskutieren der Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie Christoph Möllers, der CDU-Bundespolitiker Rüdiger Kruse und die Regisseurin bzw. Schauspieldirektorin Clara Weyde aus Magdeburg und vertiefen die Thematik durch ihre jeweilige Expertise aus juristischer, haushalts-/politischer bzw. ästhetisch-praktischer Sicht.

Mit seinem Slogan 'Berlin ist arm, aber sexy' wird der ehemalige Berliner Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit auch an diesem Nachmittag zitiert, um auf die Bedeutung von Kunst und Kultur hinzuweisen. Auf den ersten Blick scheint es Berlin jedoch an Veranstaltugen nicht zu mangeln. Nicht alle Angebote sind gut besucht, weil es – so heißt es – so viele gäbe. Auch dieses Gespräch hat nicht die erwartete Resonanz hervorgerufen – und wurde vom Großen Saal auf die Seitenbühne verlegt.

Welche Mängel die vielfältigen Angebote aus Kunst und Kultur aber verdecken, wurde in dem überwiegend an ein informiertes Publikum gewandten Fachgespräch herausgearbeitet. Die Diskussion auf der Bühne war zwar vielstimmig, aber nicht wirklich kontrovers. Deshalb folgt diese Besprechung nur in Grundzügen dem Verlauf und betont die allgemeinen Aspekte der vorgestellten Debatte. Wer sich für die einzelnen Wortmeldungen interessiert, kann das Gespräch als Video on Demand in der Berliner Festspiele Mediathek aufrufen.

Grundlagen der Kulturpolitik

Die Veranstaltung ist der Analyse der Attacken gegen Kultur und Strategien des Widerstands gewidmet. Die Freiheit sei universell, der Diskurs aber partikular – so führt die Moderatorin in die Veranstaltung ein und fragt als erstes das Podium nach einer Einschätzung der Einschränkungen der letzten Jahre bzw. der allgemeinen Wahrnehmung einer Bedrohung am Horizont. Wir verlassen aber den chronologischen Verlauf, stellen zunächst Grundlagen des Diskurses zusammen und betrachten anschließend die Konflikte in den einzelnen Feldern der Politik. Dabei wird die Kulturpolitik im Bund bzw. auf Landesebene verhandelt und die Bildungspolitik am Rande gestreift. Schon die im Verlauf des Gesprächs zu Tage getretenen grundlegenden Überlegungen sind vielschichtig und betreffen das Verhältnis von Kunst und Gesellschaft, den Rechtsstaat, Grundsätze der Kulturförderung, die Kulturszene und die Politik der Parteien.

Kunst und Gesellschaft

Welche Bedeutung Kunst und Kultur für die Gesellschaft haben, wird zwischen Emphase und Realismus beschrieben. Kultur ist Lebenselexier. Deshalb muss Kultur

gestärkt werden! Kunst ist der Raum, wo Neugier am meisten Erfolg haben kann. Daher hilft Kunstfreiheit, die Gesellschaft weiterzuentwickeln – über die Grenzen dessen, was wir schon wissen und beweisen können, hinaus. Und das kann nur die Kunst und keine andere Sphäre. Kunst bietet bietet ästhetische Reflexionsräume ohne politisches Mandat. Aber leitet sich aus diesem Raum für Erkenntnisgewinn auch eine interventionistische Kraft der Kunst ab?

Kultur wird zwar als Standortfaktor im wirtschaftlichen Wettbewerb um Fachkräfte gehandelt. Berlin ist sexy – wegen seiner Kulturangebote. Kunst ist aber nicht lebensnotwendig, sondern eine Nische. Ihr Diskurs umfasst nicht die ganze Gesellschaft – auch wenn gerade etablierte Einrichtungen wie Museen das Vertrauen von vielen genießen. Doch Kultur ist ein beliebtes Feld im politischen Diskurs. Denn Skandale in der Kultur sind öffentlichkeitswirksam. Kunst kann in Opposition zur Politik stehen, kann aber auch von ihr vereinnahmt werden.

Rechtstaat

Die Kunstfreiheit des Art. 5 Abs. 3 GG – Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei – schützt zwar einzelne Menschen, die Kunst machen. Da ein Großteil der ästhetischen Praktiken aber öffentlich gefördert wird, verlagert sich die Debatte auf die Legitimität der Kulturpolitik im demokratischen Prozess. Praktisch gibt es keine rechtlichen Schritte der Einrichtungen gegen politische Intervention. Die Grenzen der Kunstfreiheit werden meist hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Im öffentlichen Diskurs bestimmt der Grundsatz 'Wir machen unsere Programme selber!' das Selbstbild der Kulturszene.

Zwar wird auf einen Anstieg der Kunstförderung seit 2005 hingewiesen. Statt der aktuellen Kürzungen von 10 bis 20% sollte aber eine 'auskömmliche Finanzierung' durch die Vorgabe von Schwerpunkten angestrebt werden. Wie in Berlin nach der deutschen Wiedervereinigung Museen als Häuser ohne Etat zurechtkommen mussten, wird heute die Stiftung Preußischer Kulturbesitz als Bauunterhaltung ohne Programm kritisiert. Weitere Anmerkungen loben die verdeckte Kulturförderung des Bundes durch die Vergabe von Preisgeldern für Kinos auf dem Land oder bedauern die Einschränkung der Handlungsfreiheit der Theater ohne Zugriff auf entsprechende Drittmittel. Die Rolle der Stiftungen, die Organisation von Museen als nachgeordnete Behörden oder der auf der Basis von Gesetzen finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk werden nur gestreift. Sie machen allerdings deutlich, wie auch die Finanzierung zur Heterogenität der Kulturlandschaft in Deutschland beiträgt.

Kulturszene

Gäbe es nur eine Wahl zwischen 'Kunst machen' oder 'Demokratie retten', wäre das eigentliche Anliegen der Künstler:innen schnell geklärt. Im Alltag sind die Akteure aber widersprüchlichen gesellschaftlichen Kräften ausgesetzt; wo Widerstand aus Solidarität erwachsen sollte, sind die Künste in einem vielfältigen Wettbewerb begriffen. Entschieden als Person Kunst zu machen und sich nicht davon abbringen zu lassen – das ist zunächst ein Appell an die Standhaftigkeit der Einzelnen. Er wird ergänzt durch einen Rekurs auf das im Grundgesetz verbriefte Recht; Wissen über den Schutz der Einzelnen durch Kunstfreiheit erwerben und einsetzen, ist sicher ein Ausgangspunkt. Wieweit sich daraus auch Strategien des Widerstands entwickeln, bleibt in dem Gespräch eine offene Frage. Klar herausgestellt wird nur, dass die Ausgangslage für die 'Freie' Szene noch brisanter ist als für staatliche Einrichtungen und ein

politischer Umschwung andere Bereiche wie marginalisierte Gruppen – die auch Gegenstand der Kunst sind – als Erstes treffen wird.

Parteien

Wahrscheinlich ist es der Zusammensetzung des Podiums geschuldet, dass die parteipolitische Landschaft mit Blick auf die Geschichte der Bonner Republik zur versöhnlichen Größe der 'konservativen Parteien' verschmilzt. Kurz wird die Geschichte seit der Nachkriegszeit mit den Namen der Bundeskanzler von Brandt bis Merkel hergeleitet und den Regierenden seit Brandt eine wohlwollende Haltung zur Kultur attestiert. Die konservative Kulturpolitik, so heißt es, hat ihren Frieden mit der Kultur gemacht. Wenn heute Kultur als etablierte Kunst umschrieben wird, lieben Konservative die Kultur, haben aber Probleme mit der Kunst. Eine Kulturpolitik, die heute ihre Förderung nicht mehr links, sondern eher am Mainstream ausrichtet, wird als Garant einer zufriedenen Gesellschaft gesehen. So werden die Ausgaben für den Wehretat nicht allein durch die Verteidigung der Landesgrenzen, sondern erst durch den Schutz unserer Lebensart legitimiert.

Diese etwas lässige, Bonmots nicht aussparende Beschreibung einer idealen kulturpolitischen Position weckt schon auf dem Podium Zweifel. In der Praxis fehlt dieser Argumentation die Überzeugungskraft und zur Durchsetzung in den Ämtern das Personal. Diese Zweifel wiegen umso schwerer, weil diese Position offenbar die Bastion gegen das Programm der 'Alternative für Deutschland' (AfD) bildet. Die AfD benutzt, so wird argumentiert, Kultur ganz bewußt im gesellschaftlichen Diskurs, um zu einer anderen Normalität zu gelangen. Die Kunst als Möglichkeitsraum, die ein 'wie könnte es auch anders sein' zulässt, widerspricht der von der AfD intendierten Steuerung der Kunst. Die Kunstfreiheit ist diesem Systemwechsel im Weg.

Kulturpolitische Fallbeispiele

Konkret wird die Auseinandersetzung mit einer politischen Einflussnahme der AfD am Beispiel der bevorstehenden Wahlen in Sachsen-Anhalt durchgespielt. Das Gesetz zur Förderung der Kunst und Kultur im Land Sachsen-Anhalt vom 17. Juni 2026 bleibt als Bekenntnis der Parteien zur Kunstfreiheit mit einer Übersicht der Bereiche der Kulturförderung eine Absichtserklärung ohne finanziellen Rückhalt. Erwartet werden aber finanzielle Einschnitte und die Verhärtung des politischen Klimas. Während auf Seiten der Kulturszene Solidarität und Widerstand empfohlen wird, könnte die Kulturpolitik auf einen Rückbau in Sachsen-Anhalt mit der Erhöhung der Kulturförderung in anderen Bundesländern antworten. An beide Seiten wendet sich der Vorschlag, nicht nur auf die AfD zu schauen, sondern eigene Konzepte zu entwickeln und zu bewerben.

Kürzen und Einhegen

Auf Bundesebene ist der Etat des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gemessen am Verteidigungsetat relativ klein. Seine Bedeutung knüpft an die eben vorgestellten Grundlagen an. Der Kulturstaatsminister ermöglicht mit seinem Etat eine für die Demokratie notwendige Instanz des 'kritischen Hinterfragens'. Tatsächlich wird diese Erwartung aber durch die Praxis der Kulturpolitik enttäuscht. Gerade am Beispiel des seit 2025 amtierenden Kulturstaatsministers Wolfram Weimer verhandelt das Podium eine Reihe gegenläufiger Strategien.

Mit dem diesjährigen Etat des BKM, so leitet die Moderatorin diesen Aspekt des Gespräches ein, werden repräsentative Großereignisse wie die Festspiele in Bayreuth gefördert, die Förderung der Festivalförderfonds zur Stärkung der Kultur in der Fläche jedoch heruntergefahren. Diese Kürzungen sind, so wird eingewendet, aber eine Fortschreibung der Kürzungen aus Zeiten der Vorgängerregierung unter Olaf Scholz. Dazu kann die Kulturszene über Abgeordnete auf den Haushaltsausschuss des Bundestages Einfluss nehmen, um anstelle der Kürzung eine Verschiebung der Subventionen zu erreichen. Weniger konziliant ist das Podium beim Urteil über die Absage der Veranstaltung zum Buchhandlungspreis im vergangenen Jahr. Vorausgegangen war der sicherheits- und verfassungsrechtlich begründete Eingriff des BKM in die Auswahl der Preisträger.

Kritisiert wird ebenso die Initiative des BKM, seit 2023 in den einzelnen Kulturbranchen Grundlagen für gemeinsame Verhaltensregeln (Codes of Conduct) einzuführen. Die Grenzen der Kunstfreiheit sind im Grundgesetz nicht inhaltlich festgelegt; jede künstlerische Äußerung, jede Meinung wird geschützt. Erst eine persönliche Schmähung oder ein Aufruf zur Gewalt setzen der Kunstfreiheit eine Grenze. Wird die Grenze enger gezogen, muss die Durchsetzung der Verbote mitbedacht werden. Statt Kontrolle und Zensur empfiehlt das Podium eine liberale Haltung, die im Einzelfall die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht.

Aufregen und Ignorieren

So ist bei der diesjährigen Berlinale um die Äußerung eines Regisseurs eine unnötige Aufregung entstanden – anstatt die Entscheidung über eine angemessene Reaktion der Intendanz zu überlassen. Wie an dieser Stelle werden die herangezogenen Beispiele in den jeweiligen Verlauf des Gesprächs eingebettet und nur in Ausschnitten vorgestellt. Solche Verkürzungen werden auf dem Podium in Kauf genommen. Eine umfassende Würdigung der zugrunde liegenden komplexeren Prozesse muss an anderer Stelle geleistet werden. Das gilt auch für das nächste besprochene Beispiel.

Die Intervention der ehemaligen Kulturstaatsministerin Claudia Roth bei der documenta 15 wird ebenfalls als vorschnelle Einmischung des Bundes gewertet. Am Beispiel der internationalen Ausstellung in Kassel 2022 wurde auch die Politisierung des ästhetischen Diskurses diskutiert. Beim Streit um Kunstfreiheit oder Antisemitismusbekämpfung geht es häufig nicht um jüdisches Leben oder Kunst, sondern um die politische Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Positionen. Weil im Rahmen der Gesetze vieles möglich ist, soll der Staat über den öffentlichen Diskurs auf den jeweiligen Konflikt einwirken. Denn aus dem Interesse an der Kunst ist überall ein politisches Interesse geworden. Skandale entzünden sich nicht an Aspekten der Kunst, sondern verhandeln vor allem gesellschaftliche Fragen. Die fehlende Neugier auf Formen hängt, so heißt es, mit einem Mangel an ästhetischer Bildung zusammen – und ist eine schlechte Nachricht für Kunstbetrieb.

Ein letzter Ausgangspunkt für allgemeine Einschätzungen ist das staatliche Handeln im Zusammenhang mit dem Kunstpreis Berlin der Akademie der Künste. 2026 wurden die Preisgelder aufgrund der Haushaltslage von der Senatsverwaltung gekürzt und daraufhin aus dem Etat der Akademie der Künste wieder ausgeglichen. Bei der Preisverleihung wurde der Senat nicht von dem Regierenden Bürgermeister, sondern von der Staatssekretärin für Kultur vertreten. Auf dem Podium wird dies als Desinteresse der Kulturpolitik an der Kultur gewertet. Standhaftigkeit, so wird beklagt, wird durch das Fernbleiben jedenfalls nicht gezeigt. Kulturpolitik soll der Kunst wie früher

quer durch alle geförderten Formate von Bayreuth bis Berghain wieder Respekt zollen. Sie soll Kritik standhalten und Kultur fördern – was sich nicht in der Verteilung von Geldern erschöpft.

Weitblick – Differenzierung – Flexibilität

Nach einem Exkurs zum Begriff der Neutralität in der Verfassung (Pflicht oder Gebot) und der Bildung (Beutelsbacher Konsens) wird das Gespräch auf die Zukunft gelenkt. Sind im Verlauf des Nachmittags eine Reihe von Empfehlungen an die Kulturpolitik gerichtet worden, werden zum Schluss Leitlinien für das eigene Verhalten in Kunst und Kultur erfragt. Universelle statt partikulare Sensibilität, Relativierung scheinbar absoluter Positionen, Aushalten von Widersprüchen und Standhaftigkeit – kurz Weitblick, Differenzierung und Flexibilität sollen dem kulturellen Diskurs zum Erfolg verhelfen.

Zwei Wortmeldungen in dem schmalen Fenster der direkten Beteiligung weisen auf die weiteren, in der Auswahl auf dem Podium nicht besprochenen Beispiele und die als unzureichend empfundenen Konsequenzen für verantwortliche Politiker hin.

Am 30. Oktober 2026 hat die Frankfurter Rundschau die Meldung der Deutschen Presse-Agentur (dpa) zu einem Antrag der AfD für die nächste Stadtratsitzung zur Prüfung der künstlerischen Angebote des Theaters der Landeshauptstadt Magdeburg veröffentlicht.

Copyright © 2026 Jürgen Kirschner